Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10584

04. 05. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (20. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Uschi Eid und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/7708 –

Den politischen Neuanfang und den Wiederaufbau in der Demokratischen Republik Kongo unterstützen – die humanitäre Hilfe verstärken

A. Problem

Der Antrag sieht in dem Ende der Mobutu-Ära die Chance für einen demokratischen Neuanfang und einen friedlichen Wiederaufbau in der Demokratischen Republik Kongo. Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, den offiziellen politischen Dialog mit der Demokratischen Republik Kongo aufzunehmen. Allen politischen Kräften im Kongo soll deutlich gemacht werden, daß der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft, die durch freie und faire Wahlen, Partizipation der Bevölkerung, politischen Pluralismus und Föderalismus sowie durch die Achtung der Menschenrechte gekennzeichnet ist, den besten Weg für die Sicherung des Friedens, der Stabilität, der Einheit des Landes und des wirtschaftlichen Aufbaus im Kongo darstellt. Die bisherige Initiative zur Durchführung einer „Zaire-(Kongo-)Konferenz" in Deutschland solle unterstützt werden.

B. Lösung

Der Ausschuß war der Auffassung, daß seit der Antragstellung manches geschehen ist, was die Hoffnungen, Zaire (Kongo) werde sich in Richtung einer Demokratie entwickeln, zunächst als abgebrochen erscheinen lasse. Wesentliche Forderungen des Antrags seien überholt. So habe der offizielle Dialog mit der neuen Regierung schon im August 1997 begonnen. Die Forderung nach Rückholung der Flüchtlinge sei ebenfalls weitestgehend überholt.

Es solle zwar nun keine Kongo-Konferenz, aber doch ein Kongo-Seminar durchgeführt werden. Was aktuell geblieben sei, sei die Forderung nach Aufnahme der Arbeit der VN-Überwachungs- und Überprüfungskommission.

Ablehnung im Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

C. Alternative

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/7708 – abzulehnen.

Bonn, den 23. März 1998

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Manfred Lischewski
Vorsitzender

Alois Graf von Waldburg-Zeil
Berichterstatter

Dr. R. Werner Schuster
Berichterstatter

Dr. Uschi Eid
Berichterstatterin

Roland Kohn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Alois Graf von Waldburg-Zeil, Dr. R. Werner Schuster, Dr. Uschi Eid und Roland Kohn

I. Beratungsverfahren – allgemein

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag in seiner 178. Sitzung am 5. Juni 1997 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß und den Haushaltsausschuß überwiesen.

II. Beratungsverfahren – mitberatende Ausschüsse

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner Sitzung am 11. Juni 1997 den Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS abgelehnt.

Der Haushaltsausschuß empfahl in seiner Sitzung am 10. Dezember 1997 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverfahren – federführender Ausschuß

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat über den Antrag in seiner 65. Sitzung am 14. Januar 1998 beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU führte aus, seitdem der vorliegende Antrag gestellt worden sei, sei vieles geschehen, was die im Antrag zum Ausdruck gelangenden guten Hoffnungen als leider abgebrochen erscheinen lasse. Die Chance, daß die Änderungen im ehemaligen Zaire bzw. jetzt Kongo eine Entwicklung in Richtung Demokratie zur Folge haben würden, sei zunächst zerronnen. Präsident Kabila habe gleich zu Anfang seiner Amtszeit ein Geschehen veranlaßt, das fast Völkermorddimensionen habe. Die Fraktion der CDU/CSU beantragte, den Antrag abzulehnen, weil er der gegenwärtigen Situation nicht mehr gerecht werde oder überholt sei.

Die Fraktion der F.D.P. schloß sich den Argumenten der Fraktion der CDU/CSU an und beantragte ebenfalls die Ablehnung des Antrags.

Die Fraktion der SPD brachte zum Ausdruck, sie sei sich der historischen Defizite des Antrags durchaus bewußt, stimme aber den im Antrag enthaltenen Forderungen im Grundsatz zu.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde eingeräumt, daß der Antrag, der schon recht lange vorliege, infolgedessen in einzelnen Punkten überholt sei. Bei der Stellung des Antrags sei es als wichtig erschienen, schnell zu einem offiziellen Dialog aufzufordern. Weiter sei die Durchführung einer Kongo-Konferenz ein wichtiges Ziel gewesen. Was die Durchführung einer Konferenz angehe, so habe das Auswärtige Amt das Problem gesehen, eine solche Konferenz könne fälschlicherweise als ein Signal an die EU aufgefaßt werden, wonach die Bundesrepublik Deutschland die Politik gegenüber dem Kongo betreffend in der EU die Führung übernehmen wolle. Inzwischen bestehe Einigkeit darüber, nicht eine Konferenz, sondern lediglich ein Seminar durchzuführen. Es treffe auch nicht zu, daß die Forderungen des Antrags überholt seien. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte demgemäß, dem Antrag zuzustimmen.

Die Bundesregierung sah ebenfalls einige der im Antrag aufgestellten Forderungen als überholt an. So habe der offizielle Dialog mit der Demokratischen Republik Kongo schon im August 1997 begonnen. Auch die Forderung nach Rückholung der Flüchtlinge sei weitestgehend überholt. Nach wie vor aktuell sei die Forderung nach der Aufnahme der Arbeit einer VN-Überwachungs- und Überprüfungskommission.

Der Ausschuß lehnte abschließend den Antrag mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmengleichheit ab.

Bonn, den 23. März 1998

Alois Graf von Waldburg-Zeil	**Dr. R. Werner Schuster**	**Dr. Uschi Eid**	**Roland Kohn**
Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333